

Gliederung

Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
1. Teil: Die Identitätsthese	3
Kapitel 1: Die historische Entwicklung des Steuerbegriffs vor 1949	3
I. Die Entstehung der abgabenrechtlichen Legaldefinition	3
II. Die Weimarer Reichsverfassung und der Begriff der Steuer	5
1. Das normenhierarchische Verhältnis von Verfassung und einfachem Gesetz	5
2. Die Unterschiede bei den Gesetzgebungskompetenzen für Steuern und andere Abgaben	7
III. Die weitere Entwicklung des abgabenrechtlichen Steuerbegriffes nach 1919	10
Kapitel 2: Das Rezeptionsargument	13
I. Das Rezeptionsargument in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	13
II. Das Rezeptionsargument in der Literatur	16

Kapitel 3:	Die Kritik in der Literatur an der Identitätsthese	23
I.	Die Kritik an der These vom Verfassungsrang des § 1 RAO	23
II.	Die Kritik an der Rezeptionsargumentation	25
1.	Leisner	25
2.	Sälzer	27
3.	Hall	28
4.	Richter	29
5.	Vogel/Walter	29
6.	Stern	32
7.	Starck	32
8.	Draschka	33
9.	Lerche	34
10.	Selmer	34
11.	Birk	35
12.	Knies	36
13.	Bodenheim	40
Kapitel 4:	Neue Tendenzen in der Rechtsprechung	47
I.	Das Bundesverfassungsgericht	47
1.	Die Entscheidung zur Berufsausbildungsabgabe	47
2.	Die Entscheidung zur Investitionshilfeabgabe	48
3.	Die Entscheidung zur Vermögensabgabe	51
II.	Der Bundesfinanzhof	51
Kapitel 5:	Die Identitätsthese auf dem Prüfstand	53
I.	Zur Theorie vom Verfassungsrang von § 1 Abs. 1 RAO	53
II.	Zur Rezeptionstheorie	56

1. § 1 Abs. 1 RAO als vorkonstitutionell allgemein anerkannte Definition des Steuerbegriffes?	56
a) Existierte ein allgemein anerkannter Steuerbegriff vor Entstehung von § 1 Abs. 1 RAO?	56
b) Entwickelte sich (bis 1945) ein allgemein anerkannter Steuerbegriff infolge der Einführung von § 1 Abs. 1 RAO?	60
aa) Zustimmung zur Legaldefinition in der zeitgenössischen Literatur	60
bb) Der Streit über den Bedeutungsumfang der Legaldefinition	61
cc) Der Streit über die Steuerbegriffsmerkmale der Legaldefinition	65
dd) Die Legaldefinition und § 8 RAO 1931	73
ee) Der Steuerbegriff während der NS-Diktatur	74
2. Das Schweigen des Verfassungsgebers im Jahre 1949	79
a) Die Überbetonung der historisch-subjektiven Interpretation	80
b) Die zeitoffene Verfassung und der Verfassungswandel	84
aa) Die grundsätzliche Wandelbarkeit von Verfassungsbegriffen	86
bb) Verfassungswandel und Kompetenznormen	88
3. Das Schweigen des verfassungsändernden Gesetzgebers im Jahre 1969	92
4. Das Argument der allgemeinen Anerkennung der Rezeption	94
a) Die Rezeption als Gewohnheitsrecht?	95
b) Gewohnheitsrecht auf der Ebene der Verfassung?	97
5. Ergebnis	102

Exkurs:	Zum Begriff der Sonderabgaben	107
I.	Die Bedeutung einer positiven oder negativen Begriffsbestimmung von Sonderabgaben für die Qualifikation von Abgaben	107
II.	Tendenzen in der jüngeren Sonderabgabenrechtsprechung	109
1.	Das Bundesverfassungsgericht	109
a)	Die Entscheidung zur Berufsausbildungsabgabe	109
b)	Die Entscheidung zur Schwerbehindertenabgabe	110
c)	Die Entscheidung zur Investitionshilfeabgabe	111
d)	Die Entscheidung zur Künstlersozialversicherungsabgabe	112
e)	Die Entscheidung zur Fehlbelegungsabgabe	112
f)	Die Entscheidung zur Erstattungspflicht nach § 128 AFG	113
g)	Die Entscheidung zur Absatzfondsabgabe	114
h)	Die Entscheidung zum Kohlepfennig	115
i)	Die Entscheidung zur Feuerwehrabgabe	115
j)	Die Entscheidung zum Wasserpfennig	117
2.	Das Bundesverwaltungsgericht	118
III.	Resümee	120
1.	Der Wandel des Verständnisses der Sonderabgaben in der Rechtsprechung - Vom Auffang- zum Ausnahmetatbestand	120
2.	Die Notwendigkeit einer Rückkehr zum Verständnis der Sonderabgaben als Auffangtatbestand	124
3.	Der Maßstab der Gefährdung der Finanzverfassung und die jüngere Sonderabgabenjudikatur	128
a)	Die Künstlersozialversicherungsabgabe	129
b)	Die Fehlbelegungsabgabe	129

	c) Die Erstattungspflicht nach § 128 AFG	130
	d) Die naturschutzrechtliche Ausgleichsabgabe	131
2. Teil:	Die Ableitung des Steuerbegriffes aus der Verfassung	135
Kapitel 1:	Die Steuer als Geldleistung	135
Kapitel 2:	Die Auferlegung durch ein öffentlich-rechtliches Gemeinwesen	137
	I. Der Bedeutungsumfang dieses Merkmals	137
	II. Die Begründung des Abgabentatbestandes durch ein öffentlich-rechtliches Gemeinwesen	138
	1. Die Besteuerungshoheit	138
	2. Der steuerliche Vorbehalt des Gesetzes	140
	a) Die Tatbestandsmäßigkeit und die Gleich- mäßigkeit der Besteuerung	140
	b) Der steuerliche Parlamentsvorbehalt	141
	III. Die konkrete Festsetzung der Steuer durch ein öffentlich-rechtliches Gemeinwesen	143
Kapitel 3:	Die Erzielung von Einnahmen und der Zweck der Steuer	147
	I. Die Zweckdichotomie	148
	1. Der Fiskalzweck	149
	2. Die außerfiskalischen Zwecke	150
	a) Die rechtspflichtbezogenen Abgaben	154
	b) Sonstige Fälle des fehlenden Fiskalzwecks	156
	aa) Erdrosselung	157
	bb) Objektiv mögliche Abgabefreiheit ziel- gerechten Verhaltens	159

cc) Erstattung.....	161
II. Die Abgrenzung von den Kausalabgaben.....	162
Kapitel 4: Die Gegenleistungsfreiheit.....	167
I. Art. 74 Abs. 1 Nr. 22 GG als Ausgangspunkt für die verfassungsrechtliche Unterscheidung von Steuern und Gebühren.....	167
II. Die materiellen Anforderungen an die Gegenleistung.....	169
III. Die „Gebührensteuern“.....	170
IV. Die Verleihungsgebühren.....	171
V. Die Entscheidung des Bundesverfassungs- gerichtes zum Wasserpfeffennig.....	173
Kapitel 5: Die Bedeutung des Steueraufkommens.....	177
I. Der Zufluß des Steueraufkommens.....	177
1. Der Streit in der Literatur über die Ertrags- berechtigung als Merkmal des verfassungs- rechtlichen Steuerbegriffes und das Steuererfindungsrecht.....	177
2. Die Äußerungen des Bundesverfassungsgerich- tes zur Ertragsberechtigung als Merkmal des verfassungsrechtlichen Steuerbegriffes und zum Steuererfindungsrecht.....	178
3. Die systematische Interpretation von Art. 105 GG.....	181
a) Die Bedeutung einer Ergänzung von Art. 106 GG für die systematische Interpretation.....	181

b) Das „gemeinsame Substrat“ der in Art. 106 GG genannten Steuern.....	182
aa) Die Anknüpfung an die Zahlungsfähigkeit als „gemeinsames Substrat“.....	182
bb) Die Ertragsberechtigung einer Gebietskörperschaft als „gemeinsames Substrat“.....	185
c) Die steuerbegriffliche Relevanz der Ertragsberechtigung im Gesamtkontext der Finanzverfassung.....	186
d) Der Zufluß bei einem Sondervermögen.....	187

II. Die (zweckgebundene) Verwendung des Steueraufkommens..... 188

1. Die zweckgebundene Verwendung des Aufkommens für ein konkretes Einzelvorhaben.....	190
2. Die „Besonderheit“ der Aufgabe.....	191
a) Die Unmöglichkeit der Unterscheidung zwischen allgemeinen und besonderen Staatsaufgaben.....	191
b) Die steuerbegriffliche Irrelevanz einer gesetzlichen Zweckbindung zur Finanzierung einer „Gruppenaufgabe“.....	192
aa) Das Beispiel der „gruppennützigen“ Hundesteuer.....	192
bb) Die Zweckbindung des Aufkommens und die Wesenslosigkeit der Sonderabgaben.....	195
cc) Die Zweckbindung des Aufkommens und das Prinzip des Steuerstaates.....	196
dd) Die Zweckbindung des Aufkommens und die Gefährdung der Finanzverfassung.....	198

Ergebnis.....	201
----------------------	------------

Literaturhinweise.....	203
-------------------------------	------------